Schlagwort-Nr. 371. Online seit 14.05.2013, aktualisiert am 15.02.2016.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) in Sachsen

Die sächsischen Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD) hatten ihren Sitz in Leipzig, neben Berlin eine der Hochburgen der Partei. Die Leipziger Volkszeitung war das inoffizielle Organ der USPD, Richard Lipinski war zugleich Vorsitzender der Leipziger und der sächsischen USPD. Die sächsische USPD gehörte mehrheitlich der Parteimitte und dem rechten Flügel der Partei an.
Im Zuge der Novemberrevolution 1918 übernahm die USPD aufgrund ihrer Stärke in Nordwestsachsen auch die Führung innerhalb des sächsischen Rats der Volksbeauftragten, dessen Vorsitz Lipinski übernahm. Der Rat trieb schnell Reformen voran, insbesondere auf dem Gebiet der Demokratisierung und sozialer Reformen. Seine Politik war insgesamt gemäßigt und er agierte in Zusammenarbeit mit dem Rat der Volksbeauftragten des Reichs. So nahm man beispielweise schnell von dem Vorhaben Abstand, Sozialisierungen in der Industrie vorzunehmen. Jedoch war die USPD nur in Leipzig weit stärker als die Mehrheitssozialdemokraten (MSPD). In den anderen Großstädten wie Dresden und Chemnitz dominierte die MSPD, so dass diese sich immer mehr gegen die Dominanz der USPD im Rat der Volksbeauftragten wandte. Für zusätzliche Spannungen sorgte die zunehmende Radikalisierung der Parteibasis in Leipzig ab dem Jahreswechsel 1918/19. Am 17. Januar 1919 verließen die USPD-Vertreter den Rat, nachdem sie sich geweigert hatten, ein von der MSPD dominiertes Exekutivkomitee der sächsischen Arbeiter- und Soldatenräte zu akzeptieren, das den Rat überwachen sollte.
Bei den Wahlen zur sächsischen Volkskammer am 2. Februar 1919 erhielt die USPD 16,3 % der Stimmen bzw. 15 Mandate. Es wurde eine Minderheitenregierung der MSPD unter Georg Gradnauer gebildet, die von der USPD unterstützt wurde. Die USPD-Führung um Lipinski wollte auf diese Weise eine formale Koalition der beiden Parteien herbeiführen. Dies stieß wiederum – insbesondere nach dem gewaltsamen Vorgehen von Freikorps, Grenzjäger-Kommandos und Regierungstruppen gegen linksradikale Kräfte in Leipzig und anderen sächsischen Städten im Frühjahr 1919 – auf den Widerstand des linksradikalen Parteiflügels, weswegen entsprechende Versuche im September 1919 eingestellt wurden. Nichtsdestoweniger wurde die sächsische Verfassung am 26. Oktober 1920 auch von den USPD-Abgeordneten angenommen.
Die Frage, ob die USPD der Kommunistischen Internationalen (Komintern) beitreten sollte, führte im Sommer 1920 reichsweit zu innerparteilichen Spannungen. Die vom Verlauf der Revolution enttäuschte Parteilinke wollte mit Hilfe Moskaus ihre revolutionären Ideen

verwirklichen. Nach der Spaltung der Parteiflügel auf dem Parteitag in Halle im Oktober 1920, entschieden sich die meisten Mitglieder der USPD-Fraktion in der sächsischen Volkskammer für den rechten Parteiflügel.
Bei den Wahlen zum ersten Landtag am 14. November 1920 erhielt die USPD 13,9 % der Stimmen bzw. 13 Mandate. Im Dezember trat die USPD in eine Regierungskoalition unter dem Mehrheitssozialdemokraten Johann Wilhelm Buck ein, die von der KPD toleriert wurde und eine entsprechende Politik im Bereich der Bildung, der Kirchen und des Sozialen verfolgte.
Als sich die Parteilinke am 4. Dezember 1920 mit der KPD zur Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands zusammenschloss, blieb in Sachsen die Mehrheit der Parteimitglieder bei der USPD.
Die Rest-USPD näherte sich in den folgenden beiden Jahren wieder der MSPD an, was schließlich zur Wiedervereinigung als Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands (VSPD) im Dezember 1922 führte. Auch die sächsischen USPD-Minister gingen zur VSPD über. Dementsprechend erlangte die VSPD bei den Wahlen zum zweiten Landtag am 5. November 1922 41,8 % der Stimmen bzw. 40 Mandate.
Die USPD existierte als Splitterpartei weiter, erlangte bei Wahlen jedoch nie Fraktionsstärke. Obgleich die USPD auch in ihrer einstigen Hochburg Sachsen fortbestand, nahm sie nicht mehr an Landtagswahlen teil.

Beteiligung an der Landesregierung 1918-1933:

Kabinett	**Ministerposten**
Rat der Volksbeauftragten (15. November 1918 bis 21. Januar 1919)	Vorsitz, Inneres und Äußeres (Robert Richard Lipinski, bis 17. Januar 1919), Finanzen (Friedrich Geyer, bis 17. Januar 1919), Militärwesen (Hermann Fleißner, bis 17. Januar 1919)
Kabinett Wilhelm Buck II (9. Dezember 1920 bis 5. Dezember 1922)	Inneres (Robert Richard Lipinski, ab 11. Dezember 1920), Kultus (Hermann Fleißner, ab 13. Dezember 1920), Arbeit und Wohlfahrt (Ernst Hermann Jäckel, vom 13. Dezember 1920 bis zum 31. Dezember 1921, Paul Ristau, ab 1. Januar 1922)

Literatur:

FALTER, Jürgen / LINDENBERGER, Thomas / SCHUMANN, Siegfried, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum

Wahlverhalten 1919-1933 (Statistische Arbeitsbücher zur neueren deutschen Geschichte), München 1986, S. 108.

GROSS, Reiner, Geschichte Sachsens, Leipzig 42012, S. 254-265.

MORGAN, David W., The Socialist Left and the German Revolution. A History of the German Independent Social Democratic Party, 1917-1922, Ithaca, N. Y. / London 1975, S. 70 f., 168-173, 273, 383, 386,403 f. und 418.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD); Schlagwort Nr. 23002.

Empfohlene Zitierweise:

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) in Sachsen, in: 'Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917-1929)', Schlagwort Nr. 371, URL: www.pacelli-edition.de/Schlagwort/371. Letzter Zugriff am: 19.05.2024.